Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 115 (2018)
Heft: 3

Artikel: Studie mit fehlendem Bezug zur Realität
Autor: Streckeisen, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-865569

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

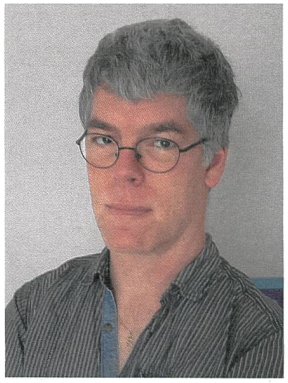
Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Studie mit fehlendem Bezug zur Realität

Die Studie «Arbeitsanreize in der sozialen Sicherheit», verfasst von den Ökonomen Leisibach, Schaltegger und Schmid im Auftrag des Seco, ist in Medien und Fachkreisen auf viel Echo gestossen. Peter Streckeisen, Sozialwissenschaftler an der ZHAW, wirft ein kritisches Licht auf die Studie.



Peter Streckeisen
Dozent am Departement Soziale Arbeit der ZHAW und Privatdozent für Soziologie an der Universität Basel

In der Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) untersuchten die Ökonomen der Universität Luzern Arbeitsanreize im schweizerischen System der sozialen Sicherheit*. Sie stützen sich dabei auf das neoklassische Arbeitsangebotsmodell, dem zu Folge staatliche Massnahmen negative Arbeitsanreize verursachen und die Erwerbsmotivation betroffener Personen senken.

Die Autoren untersuchen zunächst die Einrichtungen der sozialen Sicherheit (Sozialversicherungen und bedarfsabhängige Leistungen) einzeln, nehmen darüber hinaus Wechselwirkungen zwischen diesen Einrichtungen in den Blick und fassen dann ihre Ergebnisse noch mit Bezug auf die folgenden fünf Personengruppen zusammen: einkommensstarke Personen, einkommensschwache Personen, Jugendliche und junge Erwachsene, einkommensschwache Familien sowie Zweitverdiener (Mütter). Sie gelangen zu dem Schluss, dass das aktuelle System zahlreiche negative Arbeitsanreize setzt, und schlagen Massnahmen vor, die sich an der Grundidee eines effizienten Sozialversicherungssystems orientieren, welches den notwendigen sozialen Schutz bietet, möglichst ohne Arbeitsanreize zu schwächen (Seco-Studie Seite 1-2). Bei den Vorschlägen handelt es sich oft um die Einschränkung oder Kürzung von Leistungen, teilweise aber auch um Systemänderungen (etwa die Abschaffung des gestuften IV-Rentensystems) sowie zumindest in einem Fall um eine materielle Verbesserung für die betroffenen Personen (die Steuerbefreiung nicht existenzsichernder Erwerbseinkommen). Wenig überraschend wird die Studie nun in der Politik durch Personen aufgegriffen, die der Senkung von Sozialleistungen das Wort reden. Dabei wird rasch übersehen, dass die Aussagekraft der Untersuchung begrenzt ist. Dies liegt insbesondere an folgenden zwei Gründen:

- Zum einen befassen sich die Autoren nur mit dem Arbeitsangebot, aber nicht mit der Nachfrage nach Arbeit. Sie «gehen implizit davon aus, dass eine passende Arbeitsnachfrage vorhanden ist» (S. 1), d.h. dass die betroffenen Personen Arbeit fänden, wenn sie danach suchten. In zahlreichen Fällen, gerade bei Personen mit schlechten Arbeitsmarktchancen auf Grund fehlender Qualifikationen oder eingeschränkter Leistungsfähigkeit, sieht die Realität natürlich anders aus. Wenn gleichzeitig Fachkräftemangel und strukturelle Arbeitslosigkeit herrschen, verweist dies auf ein qualitatives Missverhältnis («mismatching») zwischen Angebot und Nachfrage, dem nicht mit Anreizen, sondern durch Massnahmen der beruflichen Neuorientierung und Weiterbildung begegnet werden könnte.
- Zum anderen konzentrieren sich die Autoren beinahe ausschliesslich auf pekuniäre Arbeitsanreize, d.h. auf die Motivation zu arbeiten, um (mehr) Geld zu verdienen. Aus der Forschung ist allerdings hinlänglich bekannt, dass es wichtige nichtpekuniäre Gründe gibt, welche Menschen in unserer Gesellschaft zur Erwerbsarbeit motivieren – etwa soziale Normen oder die Suche nach Identität und persönlicher Entfaltung. Ebenso existieren nichtpekuniäre Gründe, welche Menschen vom Sozialleistungsbezug abhalten – vom Stigma über den staatlichen Eingriff ins Privatleben bis hin zu unerwünschten Folgewirkungen etwa für Personen mit befristeter (oder ohne) Aufenthaltsbewilligung, für die der Sozialhilfebezug zum Hindernis für eine Verbesserung ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation oder den Familiennachzug werden kann.

> Expertenwissen birgt stets die Gefahr, dass politische Positionen als wissenschaftliche Tatsachen dargestellt und/oder wahrgenommen werden.

Für Professionelle des Sozialwesens mag diese Studie die eine oder andere interessante Information und Analyse enthalten, und sie mögen auch einzelne Vorschläge der Autoren für sinnvoll halten. Zugleich müssen sie damit rechnen, mit unliebsamen Forderungen oder Kritik an ihrer Praxis konfrontiert zu werden, die sich auf diese Studie berufen. Dabei wird die Sichtweise, welche die Autoren vertreten, der Realität natürlich in keiner Weise gerecht, in der diese Professionellen agieren. Sie haben es ja oft mit Menschen zu tun, für die nicht ohne Weiteres ein passendes Arbeitsangebot existiert und die sich keineswegs ausschliesslich oder vorwiegend an pekuniären Anreizen orientieren.
Möglicherweise werden sie sich deshalb über eine weitere Studie ärgern, die vom Schreibtisch aus verfasst wurde, ohne mit direkt betroffenen Personen zu sprechen. Eine solche Reaktion ist nachvollziehbar. Gleichzeitig erfordert Professionalität die Fähigkeit und Bereitschaft, sich ernsthaft und kritisch mit vorherrschenden Diskursen auseinanderzusetzen. Diese Studie ist kein Einzelfall: Seit bald 20 Jahren gibt das Seco regelmässig arbeitsmarktpolitische Studien in Auftrag, die aus einer vergleichbaren ökonomischen Perspektive verfasst sind. So wird ein Korpus an Expertenwissen produziert, das die sozialpolitische Diskussion zunehmend beeinflusst.

Expertenwissen birgt stets die Gefahr, dass politische Positionen als wissenschaftliche Tatsachen dargestellt und/oder wahrgenommen werden. Die Autoren dieser Studie verweisen zwar auf das sozialpolitische Trilemma, das Kompromisse zwischen dem Niveau der sozialen Sicherung, deren Finanzierbarkeit sowie den Arbeitsanreizen erfordert, welche auf politischer Ebene entschieden werden müssen (S. ii). Mit ihren Vorschlägen nehmen sie aber selbst politisch Stellung, ohne dies explizit zu sagen. Dabei müssen sie sich den Vorwurf gefallen lassen, die Fragen der Grundrechte sowie der sozialen Gerechtigkeit ausser Acht zu lassen bzw. auf dem Altar der Effizienz zu opfern. Zum Beispiel suggerieren sie, das Niveau der Sozialleistungen sei in der Schweiz generös und es könnten Kürzungen vorgenommen werden, ohne das Existenzminimum zu tangieren. Da sie sich auf keine Definition von Existenzminimum beziehen, ist die Aussage mit Vorsicht zu geniessen. In der aktuellen Sozialhilfediskussion werden jedenfalls bereits Massnahmen diskutiert und umgesetzt, die deutlich unter die Armutsgrenze des Bundesamts für Statistik gehen. Bei den Ergänzungsleistungen muss zudem in Betracht gezogen werden, dass diese als Zusatz zu den Sozialversicherungen AHV und IV konzipiert wurden und deshalb ganz bewusst höhere Leistungen bieten als die Sozialhilfe.

Steuerbefreiung nicht existenzsichernder Einkommen

Wer so über Grundrechte und soziale Gerechtigkeit hinwegsieht, nimmt das Risiko in Kauf, dass eine steigende Zahl von Menschen in prekäre Jobs gedrängt wird und von sozialer Exklusion bedroht ist. Immerhin sind die drei Ökonomen der Universität Luzern bereit zu anerkennen, dass gewisse Massnahmen, die mit Berufung auf ökonomische Anreizmodelle eingeführt wurden, wiederum zu «falschen Anreizen» geführt haben: Dies gilt insbesondere für Freibeträge und Integrationszulagen in der Sozialhilfe, die zu so genannten Schwelleneffekten beim Austritt aus der Sozialhilfe führen. Und ihre Studie enthält zumindest einen Vorschlag, den wohl auch viele Professionelle des Sozialwesens unterstützen können: die Steuerbefreiung der nicht existenzsichernden Einkommen, um eine Benachteiligung von Working Poor gegenüber Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungsbeziehenden aufzuheben. Ob dieser Vorschlag im politischen Prozess wohl aufgegriffen werden wird?

*Patrick Leisibach, Christoph A. Schaltegger & Lukas A. Schmid: Arbeitsanreize in der sozialen Sicherheit. SECO Publikation Arbeitsmarktpolitik No. 50 (3.2018).

Es sind oft nichtpekuniäre Anreize, die zur Erwerbsarbeit motivieren. Bild: Béatrice Devènes